

13. August 1986 – 25 Jahre Berliner Mauer

„Im August 1986 sind es 25 Jahre her, seit die Berliner Mauer errichtet wurde. Auf deutschem Boden entstand damals ein Monument der Unmenschlichkeit, das auch heute weltweit verachtet wird.“

Diese Mauer steht den Menschen im Weg. Sie trennt Deutsche von Deutschen, sie verläuft quer durch Familien, Verwandtschaften und Freundschaften, sie reißt Menschen auseinander, die zusammengehören und zueinander kommen wollen.

Die Berliner Mauer klagt jene an, die sie gebaut haben und immer noch stehen lassen.

Die Bundesregierung wiederholt und bekräftigt: Solange die Berliner Mauer nicht abgerissen ist, kann von Normalität zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nicht die Rede sein.“ (Bundeskanzler Helmut Kohl am 14. März 1986 im Deutschen Bundestag)

1. Die Berliner Mauer – finsternes Wahrzeichen einer gescheiterten Ideologie

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Juli 1961 waren rund 3,5 Millionen Menschen aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands in die Freiheit geflohen. Um diese Flucht zu verhindern, hatte das kommunistische Regime in der DDR 1952 damit begonnen, entlang der Demarkationslinie umfangreiche Sperranlagen zu errichten. Lange Zeit hatten Flüchtlinge aber noch die Möglichkeit, über Ost-Berlin ungehindert in den freien Teil der Stadt zu gelangen. Allein im ersten Halbjahr 1961 flohen 103 000 Menschen nach West-Berlin.

Im Juli 1961 erreichte die Zahl der Flüchtlinge mit 30 444 Menschen den höchsten Stand in einem Monat seit März 1953. Weder innenpolitischer Druck des kommunistischen Regimes, das die Agitation gegen „Grenzgänger“, gegen angeblichen „Menschenhandel“ und die „Abwerbung“ verstärkte, noch eine Lawine von Strafprozessen vermochten dagegen etwas auszurichten. Im Gegenteil: Von Tag zu Tag nahm die „Abstimmung mit den Füßen“ einen größeren Umfang an. Das DDR-Regime entschloß sich zur Abriegelung aller Zugänge nach West-Berlin.

Durch Befehl löste Erich Honecker, damals für die Militär- und Sicherheitspolitik der SED zuständig, am 13. August um 0.00 Uhr die von ihm organisierte Abgrenzungsaktion aus. DDR-Grenzpolizei, Nationale Volksarmee, Kampfgruppen der SED und zwangsverpflichtete Bauarbeiter errichteten entlang der quer durch Berlin verlaufenden Sektorengrenze Stacheldrahtverhau, rissen Straßen auf, errichteten Steinwälle. Ab 4.00 Uhr früh war Ost-Berlin militärisch besetzt, Panzerfahrzeuge und schwerbewaffnete Truppen wurden entlang der Sektorengrenze postiert. Bis zum Morgengrauen war der Ostteil der Stadt vom Westteil getrennt.

In den darauffolgenden Tagen wurden die Grenzperren weiter verstärkt und ausgebaut. Bei unmittelbar an West-Berlin grenzenden Häusern wurden Hauseingänge und Fenster zugemauert. Die Volkspolizei begann mit der Zwangsräumung dieser Häuser. Straßenbahn- und S-Bahngleise wurden an den Übergängen unterbrochen und zum Teil entfernt. Chausseebäume wurden umgelegt und für Straßensperren verwendet.

Allen Bewohnern der DDR sowie Ost-Berlins wurde das Betreten West-Berlins untersagt. West-Berliner durften vom 22. August 1961 an den Ostteil der Stadt nicht mehr betreten. Ab dem 18. August 1961 wurde mit dem Bau einer Betonmauer quer durch Berlin begonnen — die deutsche Hauptstadt wurde zerissen. Schwerbewaffnete Grenzpolizisten erhielten den Befehl, auf jeden Flüchtling zu schießen. Mord für den Wunsch nach Freiheit, Zuchthaus für die Kritik an der Mauer, Verhaftungen für ein Taschentuchschwenken, das West-Berliner Angehörigen galt — das waren Folgen der grausamen Teilung Berlins.

Heute markieren Betonplattenwände und Streckmetallzäune, Beobachtungstürme und Bunker, Kontrollstreifen, Kolonnenwege, KfZ-Gräben, Licht- und Signalanlagen die rund 165 Kilometer lange Demarkationslinie, die den Westen Berlins vom Ostteil der alten Reichshauptstadt und der DDR trennt. Mehrere tausend DDR-Grenzsoldaten sichern Tag und Nacht den Ring um West-Berlin. Mindestens 73 Menschen starben bis heute an der Berliner Mauer.

2. Stimmen ausländischer Politiker zur Berliner Mauer

Der amerikanische Vizepräsident George Bush am 31. Januar 1983 in Berlin:

„Morgen früh werde ich die Berliner Mauer sehen, ein Monument des großen Übels. Ich werde sie nur sehen, aber Sie müssen mit ihr leben und mit all dem, was sie dem deutschen Volke antut.“ (Amerika Dienst, 2. Februar 1983)

Der britische Verteidigungsminister Michael Heseltine am 31. März 1981 in Berlin:

„Die Mauer symbolisiert die Teilung Europas und die Unmenschlichkeit des kommunistischen Systems.“ (dpa, 1. Februar 1983)

Der spanische Ministerpräsident Felipe González am 6. Mai 1983 in Berlin:

„Der Dialog wird diese Mauer zum Einstürzen bringen.“ (FAZ, 7. Mai 1983)

Der amerikanische Außenminister George Shultz am 17. Januar 1984 vor der KVAE in Wien:

„Die Vereinigten Staaten erkennen die künstliche Teilung Europas nicht an. Wir lehnen die Berliner Mauer ab, die Deutschland in zwei Teile spaltet.“ (Bild, 18. Januar 1984)

Der thailändische Ministerpräsident General Prem Tinsulanonda am 26. April 1984 in Berlin:

Er habe einen „tragischen Eindruck“ von der Mauer als einem „symbolischen Zeichen des Mißtrauens, der Angst und der Unmenschlichkeit“ gewonnen. (zitiert nach „Die Welt“, 27. April 1984)

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan in einem Exklusiv-Bericht für „Die Welt“:

„Die Mauer unterdrückt den Menschen natürlichen Impuls, frei zu sein. Die zornigen Protestworte, die auf die westliche Seite der Mauer gesprüht wurden, zeigen, welche Bitterkeit die Berliner über das Leben mit diesem Symbol der Tyrannie fühlen, wissend, daß Berliner auch auf der anderen Seite der Mauer leben.“ ... „Alle Amerikaner schließen sich mir in der Hoffnung an, daß es nicht noch einmal 35 Jahre dauern möge, um die Einheit Berlins wiederherzustellen, und daß Berliner auf beiden Seiten der Mauer eines Tages in Frieden und Freiheit zusammenleben können.“ („Die Welt“, 23. Mai 1984)

Der amerikanische Botschafter Arthur F. Burns am 27. November 1984 in Berlin:

„Die Berliner kennen die Probleme, die ein geteiltes Europa geschaffen hat, und die Schwierigkeiten, sie zu lösen, aus erster Hand. Die Berliner Mauer erinnert sie ständig daran, sich keinen Illusionen hinzugeben, es wären leichte Lösungen zu finden. Sie wissen nur zu gut, daß ein vereinter Wille, Mut und Geduld für eine bessere Zukunft notwendig sind.“ (Amerika Dienst, 27. November 1984)

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe am 10. Dezember 1984 in Berlin:

„Die gegenwärtige Lage in Berlin kann nicht als normal bezeichnet werden. Ein jeder, der dies bezweifelt, braucht nur auf die gräßliche Mauer zu schauen, die die Stadt durchschneidet. Ich werde den Eindruck, den sie heute auf mich gemacht hat, nicht vergessen. Nichts könnte uns eindringlicher daran erinnern, daß in Berlin und Deutschland die Menschen gegen ihren Willen voneinander getrennt leben.“ (Britische Dokumentation, 10. Dezember 1984)

Der amerikanische Botschafter Arthur F. Burns am 28. April 1985 in Berlin:

„Wir Amerikaner teilen die tiefen Hoffnungen des deutschen Volkes, daß Berlin, ja, ganz Deutschland, wieder vereinigt wird unter einer demokratischen und friedvollen Ordnung, in einem Europa, das befreit ist von den Barrieren, die gegenwärtig Ost und West trennen.“ („Die Welt“, 29. April 1985)

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan am 6. Mai 1985 auf Schloß Hambach:

„Europa ist heute geteilt durch Betonmauern, durch elektrischen Stacheldraht und vermine und hergerichtete Todesstreifen — der lebendige Ausdruck der zwingendsten Wahrheit unserer Zeit: Die Zukunft gehört den Freien.“ (Bulletin, 7. Mai 1985)

Der französische Staatspräsident François Mitterrand am 10. Oktober 1985 in Berlin:

„Vom letzten Krieg verwüstet, mehr als jede andere Stadt, durch die Tragödie der Teilung Deutschlands und Europas gezeichnet, verwundet durch die Mauer, die es teilt, ist Berlin einen langen tiefen Weg des Leidens gegangen. Jetzt ist es Zeit, den Weg der Hoffnung zu gehen.“ (Bulletin, 15. Oktober 1985)

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher

in einer der „Berliner Morgenpost“ übermittelten Neujahrsbotschaft:

„Die Mauer erinnert uns greifbar daran, daß die demokratischen Freiheiten, die wir im

Westen als unser ureigenstes Recht hochachten, vom Osten als Bedrohung betrachtet werden.“ (Zitiert nach „Die Welt“, 2. Januar 1986)

Der israelische Premierminister Shimon Peres am 29. Januar 1986 in Berlin:

Auch die Berliner Mauer werde eines Tages fallen: „Mauern kommen und Mauern vergehen. ... Es gibt keine Mauer, die stark genug ist, die Menschen von ihrer eigentlichen Bestimmung zu trennen oder die Hoffnung auf Verständigung zu töten.“ (zitiert nach „Die Welt“, 30. Januar 1986)

Der amerikanische Botschafter Richard Burt am 15. März 1986 in Berlin:

„Nirgendwo sind die Schranken für offene menschliche Kontakte so allgegenwärtig und so abstoßend wie in dieser Stadt. Und doch wird es nirgendwo sonst offensichtlicher, daß Freiheit, Optimismus und Innovation diese Schranken niederreißen können, um damit Machthabern über geschlossene Gesellschaften, die den menschlichen Geist unterdrücken möchten, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Viele Städte haben Mauern errichtet, um die, vor denen sie sich fürchteten, fernzuhalten — aber wann in der Geschichte wurde jemals eine Stadt von Außenstehenden mit Mauern umgeben, um sich vor ihren Ideen und Träumen zu schützen?“ (Amerika-Dienst, 17. März 1986)

3. Die SPD gibt nationale Interessen preis

Den kommunistischen Machthabern ist es trotz Mauer und Stacheldraht bis heute nicht gelungen die deutsche Teilung zu zementieren. Leider rücken heute immer mehr SPD-Politiker von den deutschlandpolitischen Grundsätzen ab, die sie noch vor wenigen Jahren gemeinsam mit allen demokratischen Parteien vertreten hatten.

- SPD-Politiker stellen heute das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in Frage.
- SPD-Politiker rütteln an dem Grundlagenvertrag mit der DDR, indem sie laut über die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft oder eine Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften nachdenken.
- SPD-Politiker weichen ab von den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975.
- SPD-Politiker haben sich inzwischen mehrheitlich die sogenannten Geraer Forderungen Honeckers zu eigen gemacht, die sie früher strikt abgelehnt hatten — nämlich die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und die Regelung des Grenzverlaufs an der Elbe.

Die SPD macht sich mit ihrer Haltung zum Anwalt der Forderungen der DDR, obwohl Honecker selbst die sogenannten Geraer Forderungen ausdrücklich aus dem aktuellen innerdeutschen Dialog ausgenommen hat. Schon am 13. März 1983 hat er erklärt, man solle „nicht jene Fragen in den Vordergrund stellen, die man im Augenblick nicht lösen kann“, sondern diejenigen Fragen in Angriff nehmen, „die uns wirklich helfen, ein Stück in der Entwicklung der deutsch/deutschen Beziehungen vorwärts zu kommen“. (Informationen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Nr. 6/1983, S. 6) Während die DDR-Führung diese Fragen also zurückstellt, rückt die SPD sie ohne Not in den Vordergrund und schadet damit deutschen Interessen.

Zu den Geraer Forderungen der SED gehört die Anerkennung beziehungsweise Respektierung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft. Diese Auffassung hat sich die SPD mittlerweile weitgehend zu eigen gemacht: Sie will der DDR eine eigene Staatsbürgerschaft zugestehen. Das hätte fatale Folgen: Die Ausbürgerung von rund 17 Millionen Landsleuten in der DDR und die Staatenlosigkeit der Berliner. Dabei darf nach Art. 16 I unseres Grundgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit niemandem gegen seinen Willen entzogen werden. Denn deutsche Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes sind nicht nur die Bürger der Bundesrepublik Deutschland sondern auch die Bürger der DDR. Das Bundesverfassungsgericht erwähnt ausdrücklich das „einheitliche Staatsvolk des Völkerrechtssubjektes Deutschland“ (BVerfGE 36, 1 [2,30]). Dennoch geht der niedersächsische SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Schröder heute soweit, vom „Staatsvolk“ der DDR zu sprechen. (Neue Osnabrücker Zeitung, 19. Dezember 1985) Die Zielrichtung ist eindeutig: Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes unseres Grundgesetzes. Wer dies will, der bestreitet den Deutschen ihr Recht auf freie Selbstbestimmung. Und er handelt verfassungswidrig im Hinblick auf die Präambel des Grundgesetzes und das in ihr enthaltene Wiedervereinigungsgebot. Denn nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts darf „kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben“. (BVerfGE 36, 1 ff.)

Katastrophale Folgen für Berlin müßten die Beschlüsse des letzten Berliner Landesparteitages haben. Während der Ostteil der Stadt für die SPD-Delegierten „unübersehbar zur Hauptstadt der DDR“ geworden ist, wird für den Westteil festgestellt, er gerate „in Widerspruch zur Realität“, wenn er sich weiterhin als „abgetrennter Teil der gesamtdeutschen Hauptstadt im Wartestand versteht“. (Antrag zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlinpolitik der SPD, angenommen auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 21. Juni 1986)

Die ihr zugeschriebene Rolle könne Berlin (West) nach Meinung der SPD aber erst dann spielen, wenn der „trennende Charakter der Berlin (West) umgebenden Grenzen“ überwunden sei. Normalität könne erst durch die „Herstellung all der vielfältigen Beziehungen, die jede große Stadt mit ihrem Umland verbinden“, geschaffen werden. (Antrag zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlinpolitik der SPD zum Landesparteitag der Berliner SPD am 21. Juni 1986)

Dazu das SPD-Mitglied Prof. Gesine Schwan: Die Berliner wissen, „daß die Versöhnung mit dem Umland, sprich: langfristiger Anschluß an die DDR, keine annehmbare Perspektive bietet und daß die Sowjetunion schon zweimal (mit der Blockade und mit dem Chruschtschow-Ultimatum) versucht hat, West-Berlin in ihren Machtbereich zu integrieren — was führende Sozialdemokraten auf der Linken heute als sowjetische Stabilisierungspolitik verharmlosen“. (Der Tagesspiegel, 29. Juni 1986)

Die Berliner SPD leistet dem Bestreben der DDR nach Anerkennung der Drei-Staaten-Theorie Vorschub und gefährdet damit den Status und die Freiheit von West-Berlin.

4. Die Deutschlandpolitische Leistungsbilanz der Regierung Helmut Kohl

Seit 41 Jahren ist unser Vaterland geteilt. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands findet sich mit diesem Zustand nicht ab. Das Wiedervereinigungsgebot

der Präambel des Grundgesetzes ist für uns ein verbindlicher Auftrag. Das hat **Bundeskanzler Helmut Kohl** in seinem Bericht zur Lage der Nation am 14. März 1986 vor dem Deutschen Bundestag erneut bekräftigt: „**Die deutsche Frage bleibt geschichtlich, rechtlich und politisch offen. Die Bundesregierung steht ganz selbstverständlich zur Präambel unseres Grundgesetzes.** Diese Präambel will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Wer daran tasten will, der hat keinen Sinn für Geschichte, und er verkennt, daß der Wille unseres Volkes zur Einheit in Freiheit Teil und bewegende Kraft der Zukunft unserer Nation ist.“

Die CDU verliert dieses Ziel nicht aus den Augen. Aber wir wissen, daß wir die Wiedervereinigung nicht kurzfristig erreichen. Solange die Teilung andauert, müssen wir alles tun, das Bewußtsein für die Einheit der Nation zu wahren und zu stärken. Die Deutschen dürfen sich nicht auseinanderleben. Deshalb tut die Regierung Helmut Kohl alles, um die menschlichen Bindungen zwischen den beiden Teilen unseres Landes auszubauen und den Menschen in der DDR das Leben erträglicher zu machen. Davon hat sich die Regierung Helmut Kohl in ihrer Deutschlandpolitik leiten lassen. Durch neue Initiativen und Anstöße konnten merkliche Fortschritte für die Menschen in beiden Teilen unseres Vaterlandes erreicht werden.

Unsere 10 Erfolge in der Deutschlandpolitik

Erfolg Nr. 1: Festigkeit in den Grundsätzen und Zielen

Für uns gilt unverändert: Fest in den Grundsätzen und Zielen — beweglich in der Zusammenarbeit mit der DDR. Rechtsgrundlagen sind für uns kein „Formelkram“. Wir wissen, daß grundsätzliche Unterschiede nicht verwischt und unvereinbare Ziele nicht durch Zweideutigkeiten übertüncht werden können. Dieses Wissen bestimmt unser Handeln in den Beziehungen mit der DDR. Und der Erfolg gibt uns Recht: Die Regierung Helmut Kohl hat für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands mehr erreicht als die SPD-Regierung.

Erfolg Nr. 2: Reise- und Besuchserleichterungen

Die Höchstdauer für Besuche in der DDR wurde von 30 auf 45 Tage im Jahr verlängert. Im grenznahen Besuchsverkehr wurde die Geltungsdauer des Mehrfach-Berechtigungsscheins von drei auf sechs Monate verdoppelt. Die Aufenthaltsdauer wurde von einem auf zwei Tage erhöht. Ergebnis: Während 1982 nur 2,89 Millionen Menschen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR reisten, waren es 1985 bereits 3,68 Millionen.

Rentner aus der DDR können jetzt statt 30 maximal 60 Tage bei uns bleiben und dürfen in Zukunft nicht nur Verwandte, sondern auch Bekannte im Westen besuchen. So stieg die Zahl der Rentner-Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland von 1,55 Millionen im Jahre 1982 auf 1,60 Millionen im Jahre 1985.

Besonders erfreulich ist die Zunahme der Reisen aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten. Die Zahl dieser Reisen stieg von 45 700 (1982) auf 66 000 (1985).

Erfolg Nr. 3: Verstärkter Jugendaustausch

Der innerdeutsche Jugendaustausch ist 1985 wieder in Bewegung gekommen. Die von der DDR im Frühjahr 1984 verfügte Unterbrechung der Reisen von Jugendlichen aus der DDR wurde aufgehoben. Von August bis zum Jahresende 1985 sind über 1000 Jugendliche aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Für 1986 erwarten wir mehr als 3000 Jugendliche aus der DDR. Es bleibt dabei, daß Bund und Länder Fahrten von Jugendlichen in die DDR besonders fördern. 1985 wurden rund 68 000 Reisen in die DDR so gefördert.

Erfolg Nr. 4: Rekord bei der Übersiedlung

Noch nie durften so viele Deutsche aus der DDR zu uns übersiedeln. Alleine in den Jahren 1984 und 1985 waren es 62 000 Landsleute. Das hat es unter der SPD-Regierung nie gegeben.

Erfolg Nr. 5: Senkung des Mindestumtauschsatzes

Wir haben die Senkung der Mindestumtauschsätze erreicht, die die DDR im Oktober 1980 erhöht hatte. Für Kinder bis zum 14. Lebensjahr entfällt die Umtauschpflicht; für Rentnerinnen über 60 und Rentner über 65 Jahre wurde der bisherige Mindestumtauschsatz von 25 auf 15 Mark gesenkt.

Erfolg Nr. 6: Ausweitung des innerdeutschen Handels

Besondere Bedeutung hat der innerdeutsche Handel. Er stieg auf ein Volumen von ca. 16,5 Milliarden Verrechnungseinheiten. Das ist seit 1982 eine Steigerung um rund 2,5 Milliarden Verrechnungseinheiten. Insbesondere hat auch die neue Swing-Vereinbarung vom 5. Juli 1985 weitere Anstöße für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland gegeben.

Erfolg Nr. 7: Abschluß eines Kulturabkommens

Viele Jahre hatte sich die SPD-Regierung um ein Kulturabkommen bemüht — ohne jeden Erfolg. Am 6. Mai 1986 war es soweit: Nach ebenso zügigen wie intensiven Verhandlungen wurde das Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland unterzeichnet. Vereinbart wurden unter anderem der Austausch von Wissenschaftlern, Fachleuten und Studenten, die Zusammenarbeit im Archiv- und Bibliothekswesen, die Förderung des Jugendaustausches, die Zusammenarbeit von Rundfunk und Fernsehen, gegenseitige Informationen über Tagungen, Festspiele und Gedenkveranstaltungen. Darüber hinaus soll auch der kommerzielle Kultauraustausch gefördert werden.

Erfolg Nr. 8: Zusammenarbeit beim Umweltschutz

Zum Umweltschutz wurden bereits 1983 konkrete Vereinbarungen mit der DDR getroffen. Der thüringisch-fränkische Nebenfluß des Mains, die Röden, wird saniert. Seitdem gab es weitere Fortschritte. Im Sommer 1985 kam es zu ersten Fachgesprächen über Fragen der Rauchgasentschwefelung. Anlässlich der Münchener

Umweltschutzkonferenz im Juni 1985 hat die DDR ihre tatkräftige Mithilfe bei der Lösung des Problems der Luftverunreinigung zugesagt. Im August des gleichen Jahres begannen Gespräche von Forstexperten über Vermeidung von Waldschäden. Seit dem Sommer 1985 wird über eine Regierungsvereinbarung mit der DDR zum Umweltschutz verhandelt. Die Verhandlungen über praktische Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung von Werra und Weser werden intensiv fortgesetzt. Gleichfalls werden die Fachgespräche über Fragen des Strahlenschutzes und der Sicherheit kerntechnischer Anlagen fortgeführt.

Erfolg Nr. 9: Stärkung des Status von Berlin

Die Regierung Helmut Kohl hat ihr Ziel erreicht, auch beim Kulturabkommen mit der DDR unter Hinweis auf das Vier-Mächte-Abkommen Berlin rechtsverbindlich einzubeziehen. Ferner ist mit der DDR eine verbindliche Verständigung über eine Reihe von Projekten erzielt worden, darunter auch Projekte in bezug auf Berlin. Damit haben wir den Status von Berlin gestärkt. Der Versuch der DDR, Berlin auszuklammern, wurde verhindert.

Auch der Strukturwandel der Berliner Wirtschaft hin zu zukunftsträchtigen Technologien zeigt erste Früchte. Forschung und Entwicklung haben einen neuen Stellenwert bekommen, der Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Hochschule ist endlich in Gang gekommen. Die beiden Wirtschaftskonferenzen von 1982 und 1984 und die regelmäßigen Konferenzen der Berlin-Beauftragten der deutschen Industrie haben der Berliner Wirtschaft weitere Anstöße gegeben.

Erfolg Nr. 10: Aussichtsreiche Verhandlungen

Wir haben Gespräche und Verhandlungen mit der DDR über wichtige politische Themen eingeleitet und fortgeführt. Über zwanzig Themen von gemeinsamen Interesse wird mit Aussicht auf Erfolg verhandelt: zum Beispiel über ein Wissenschaftsabkommen und eine Rechtshilfvereinbarung. Fortschritte gibt es auch beim Umweltschutz. Die Abrüstungsbeauftragten beider Staaten sprechen über den Beitrag der Deutschen zur Friedenssicherung. Bundeskanzler Helmut Kohl führte Gespräche, unter anderem mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am 13. Februar 1984 und am 12. März 1985 in Moskau sowie am 15. März 1986 in Stockholm. In Bonn empfing er am 18. April 1985 Günther Mittag und am 19. Februar 1986 Horst Sindermann, beide Mitglieder des SED-Politbüros.